

„Jetzt red's ihr – und wir hör'n zu“: 30 Gäste nutzen das Gesprächsangebot der CSU

Cham. (wk) Rente, Flüchtlinge und die Zukunft der Europäischen Union – all das und noch mehr ist Thema gewesen bei einer dreieinhalbstündigen Diskussion von Landkreisbürgern mit CSU-Politikern am Montagabend im Randsberger Hof. 30 Gäste nutzten die Gelegenheit, bei „Jetzt red's ihr – und wir hör'n zu“ mit den Bundestags- beziehungsweise Landtagsabgeordneten Karl Holmeier und Dr. Gerhard Hopp sowie Landrat Franz Löffler zu diskutieren.

Straßenanbindung und barrierefreier Bahnhof kamen dabei zur Sprache und es stellte sich heraus, dass es nicht das Geld ist, an dem die vermisste Barrierefreiheit immer noch hängt. Wie Holmeier wusste, hätte die Bahn mehr Geld zur Verfügung, als sie verbauen kann. Der Haken ist die Planung: Die zuständige Bundeszentrale der Bahn sei überlastet. Eine Chance für Kommunen sei deshalb, mit fertigen Plänen auf die Bahn zuzugehen. Das bedeute freilich eine finanzielle Vorleistung – und daran

scheitert die Sache bislang in Cham. Hopp erwähnte aber, dass es mittlerweile Landesmittel dafür gibt.

Am Dreisäulenmodell der Rente will Holmeier nicht rütteln. Nachdem aber Riester gescheitert sei, müssten „gegen Altersarmut alle Parteien zusammen etwas tun.“ Vom bisherigen Konzept – gesetzliche Rente runter, private rauf – rücke er ab. „Eine Lebensleistungsrente auf Grundsicherungsniveau“ sei vorstellbar, eine Flexirente werde kommen, versprach er zum „großen Wahlkampfthema Rente“. „450-Euro-Jobs gehören einfach verboten“, fasste eine Bürgerin ihre Kritik am Rentensystem zusammen. Die Forderung, für die Mütterrente Mehrlingskinder mehrfach zu zählen, versprach Holmeier, gegenüber der Kanzlerin und Andrea Nahles zu unterstützen.

Türkei nicht nachgeben!

Ein Landkreisbürger sah in Tausenden 2015 nach Deutschland ein- oder durchgereisten und dabei zu-

nächst nicht registrierten Flüchtlingen ein Problem. Holmeier zeigte dafür volles Verständnis. Er betonte aber, das sei weder zwangsläufig noch ein Versagen der Regierung: „Die Flüchtlinge haben vor der deutschen Grenze schon andere Länder in der EU passiert. Ihre Erfassung blieb aus, weil die EU nicht zusammengehalten hat“, erklärte er. „Dass die EU zusammenhält, hatte Merkel vorausgesetzt, als sie ohne Bundestagsbeschluss zusagte, syrische Flüchtlinge aus Ungarn und Österreich könnten zu uns kommen.“ Einem Versuch der Türkei, Oberhand über das getroffene Abkommen zu erlangen, bei dem Flüchtlinge im Tausch gegen asylberechtigter Syrer zurückgenommen werden, solle Deutschland, so Holmeier, „keinen Millimeter nachgeben“. Wenn Österreich, was er befürwortet, die Brenner-Grenze dicht macht, dürfe es mit dem Flüchtlingsproblem nicht allein bleiben. Holmeier sieht in den Flüchtlingsbewegungen ein „Problem, das die EU-Länder gemeinsam lösen müssen“. Dann wäre die Last gering: 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für jedes Land, ein Fünftel vom derzeitigen deutschen Beitrag, wie Löffler anfügte.

Löffler, Hopp und auch Holmeier sehen ein weltweites Problem: „63 Millionen Flüchtlinge, da muss die Weltgemeinschaft zusammenstehen.“ Hopp: „Die Grenzen zuzumachen, löst das Problem nicht.“ Den Schleppern hätte man zu lang zugehört, wie einst den somalischen Piraten. Man müsse Tschechien und Polen klarmachen, dass es „so nicht geht“. „So“ heißt, dass sich Länder raushalten und Flüchtlinge als deutsches Problem sehen.

Bürger brachten Weiteres zur Sprache: „Menschen müssen von dem Land aus, wo sie bedroht sind, um Asyl anfragen können“. Eine andere Forderung: „Hat der Landkreis Personal, die Flüchtlinge so zu

integrieren, wie im Asylpaket II vorgesehen?“ Löffler verwies darauf, dass er bisher das Personal um 14 Leute aufgestockt habe, „ohne dass ein Deutscher auf etwas hätte verzichten müssen“. Lob bekam der Landrat dafür, „wie er das mit den Flüchtlingen regelt“ und für den Treffpunkt Ehrenamt.

Aufklären konnte Holmeier: Nicht die Asylregelung des Grundgesetzes verpflichte zur Aufnahme von Flüchtlingen, sondern die Genfer Flüchtlingskonvention, beschlossen von der UN auf einer Sonderkonferenz 1951.

„Wir brauchen die EU“

Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Regensburg-Hof habe im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) höchste Dringlichkeitsstufe, sagte Holmeier, München-Prag könnte bis 2030 elektrifiziert sein, wenn die Strecke in die Nachbesserung kommt.

Für die B 85 versprach Holmeier Verbesserungen, Richtung Straubing hinge die Dreispurigkeit nicht am Geld, sondern am Planfeststellungsverfahren.

Holmeier blickte mit Sorge auf Russland, die amerikanische Präsidentschaftswahl und Tusks Äußerung, dass beim Brexit darüberum Sektorkorken knallen würden. Die CSU hoffe auf einen Verbleib Großbritanniens. Der EU-Vertrag sei zwar nicht perfekt. Das Vetorecht in der Kommission gehöre reformiert. Dass man keinen rauswerfen kann, sei vielleicht zu kurzfristig gewesen. Und man habe zu lange zugehört, dass Kapital aus Griechenland rausgeht. Aber trotzdem: „Wir brauchen die EU“, so Holmeiers eindeutiges Urteil. „Ohne die Stabilität der EU mit Frieden und Freiheit“, so auch Löffler, „wäre Deutschland nicht da, wo wir heute stehen – da hätten wir global keine Chance.“



Diskutierten mit den Bürgern: Landrat Franz Löffler, MdL Dr. Gerhard Hopp, MdB Karl Holmeier und CSU-Ortsvorsitzender Martin Stoiber (von rechts).